

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Johannes Lichdi  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

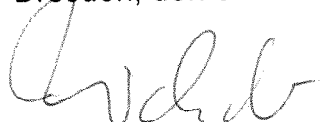
Thema: **Kürzung der Regionalisierungsmittel (2)**

Am 16. Juni 2006 wurde im Zusammenhang mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 vom Bundesrat über die Kürzungen der Regionalisierungsmittel abgestimmt.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Wie stellen sich die Zahlen zur Kürzung bzw. künftigen Dynamisierung auf den Freistaat Sachsen bezogen dar?
2. Sieht die Staatsregierung eine Gefährdung der in Sachsen geplanten Projekte im Nahverkehr (bitte Projekte im Einzelnen darstellen)?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Welche Auswirkungen wird die Kürzung auf das ÖPNV-Angebot (Zugtakte, Abbestellungen, Schülerverkehre, Investitionen und Fahrpreiserhöhungen) haben?
5. Ist geplant, aus den zu erwartenden Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer einen den Kürzungen entsprechenden Anteil für den ÖPNV zu verwenden?

Dresden, den 04. 07. 2006

  
Johannes Lichdi, MdL

Eingegangen am:           - 5. JULI 2006          

Ausgegeben am:           31. AUG. 2006



SÄCHSISCHES  
STAATSMINISTERIUM  
FÜR WIRTSCHAFT  
UND ARBEIT

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT  
Postfach 10 03 29 • 01073 Dresden

DER STAATSMINISTER

Präsident des Sächsischen Landtages  
Herrn Erich Iltgen, MdL  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Dresden, 28. Aug. 2006  
Hausapparat:  
Bearb.:  
Aktenzeichen: 66-3890  
(Bitte bei Antwort angeben)

**Kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Lichdi, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Drs.-Nr.: 4/5820**

**Thema: Kürzung der Regionalisierungsmittel (2)**

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Fragen sind folgende Ausführungen vorangestellt: „**Am 16. Juni 2006 wurde im Zusammenhang mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 vom Bundesrat über die Kürzungen der Regionalisierungsmittel abgestimmt.**“

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die o.g. Kleine Anfrage wie folgt:

**Frage 1: Wie stellen sich die Zahlen zur Kürzung bzw. künftigen Dynamisierung auf den Freistaat Sachsen bezogen dar?**

Im Zusammenhang mit der Zustimmung des Bundesrates zum Haushaltsbegleitgesetz 2006 hat die Bundesregierung für den Zeitraum 2008 bis 2010 eine Aufstockung der Regionalisierungsmittel um 500 Mio. € zugesagt. Gleichzeitig soll ab 2009 die Dynamisierung der Mittel wieder einsetzen.

Für das zweite Halbjahr 2006 ist die gesetzliche Umsetzung in Abstimmung mit den Ländern vorgesehen. Nach vorliegenden Angaben würde der Freistaat Sachsen im Zeitraum 2006 bis 2010 Regionalisierungsmittel in Höhe von 2.440,8 Mio. € erhalten. Gegenüber dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 entspricht das einer Erhöhung von insgesamt 35,6 Mio. € in fünf Jahren.

**Frage 2: Sieht die Staatsregierung eine Gefährdung der in Sachsen geplanten Projekte im Nahverkehr (bitte Projekte im Einzelnen darstellen)?**

Eine Gefährdung von Nahverkehrsprojekten wird gegenwärtig nicht gesehen. Im Einzelfall kann eine eventuelle zeitliche Streckung einer Infrastrukturmaßnahme nicht ausgeschlossen werden.

**Frage 3: Wenn nein, warum nicht?**

Im Regierungsentwurf zum Staatshaushalt 2007/2008 wird neben der Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel für den ÖPNV auch der Anteil des ÖPNV an den Mitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz erhöht. Damit verfügt der ÖPNV ab 2007 vorbehaltlich der Beschlussfassung des Landtages über eine höhere Gesamtfinanzausstattung gegenüber dem Ansatz des Haushaltsjahres 2005.

**Frage 4: Welche Auswirkungen wird die Kürzung auf das ÖPNV-Angebot (Zugtakte, Abbestellungen, Schülerverkehre, Investitionen und Fahrpreiserhöhungen) haben?**

Aufgabenträger des ÖPNV im Freistaat Sachsen sind die Landkreise und Kreisfreien Städte bzw. die von ihnen gebildeten ÖPNV-Zweckverbände. Diese entscheiden eigenverantwortlich über Art und Umfang des ÖPNV-Angebotes.

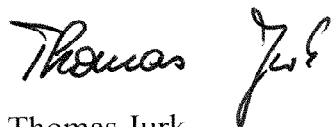
Die nunmehr bekannte Finanzausstattung des ÖPNV sollte vielmehr von den Aufgabenträgern zum Anlass genommen werden, das ÖPNV-Angebot in seiner Gesamtheit auch unter der demografischen Entwicklung in Sachsen zu prüfen und zu optimieren. Einsparmöglichkeiten werden besonders durch den Einsatz des jeweils kostengünstigsten Verkehrsmittels entsprechend der Nachfrage und durch mehr Wettbewerb gesehen.

**Frage 5: Ist geplant, aus den zu erwartenden Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer einen den Kürzungen entsprechenden Anteil für den ÖPNV zu verwenden?**

Einnahmen aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer werden nicht zweckgebunden für Maßnahmen des ÖPNV zugewiesen. Die Mittel aus der Mehrwertsteuererhöhung werden prinzipiell ohne Zweckbindung im Haushalt des Freistaates eingenommen und dienen der Deckung der Gesamtausgaben.

Die Staatsregierung hat jedoch im Regierungsentwurf 2007/2008 und in der Finanzplanung für das Jahr 2009 die Absenkung der Regionalisierungsmittel mit einem Sonderprogramm für Investitionen im ÖPNV mit Landesmitteln (Ifg-SoBez) abgemildert. Damit wird die Lücke bei den Regionalisierungsmitteln auf dem Niveau des Jahres 2010 geschlossen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Thomas Jurk